

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 160 (1994)
Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Deutsch-polnische militärische Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden

In letzter Zeit hat es mehrere Aktivitäten auf dem Gebiete militärischer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen gegeben. Ein symbolischer Akt war die Teilnahme des Generalinspektors der Bundeswehr, General Naumann, auf Einladung des polnischen Generalstabschefs, General Wilevki, an der Gedenkfeier zum 55. Jahrestag des Kriegsausbruchs auf der Westplatte bei Danzig. Hierdurch sollte die wachsende gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften beider Staaten herausgestellt werden. Anlässlich des Treffens der beiden Verteidigungsminister am 13. September wurde der erste konkrete Partnerschaftsvertrag zwischen dem Wehrbereichskommando VIII/14. Panzerdivision in Neubrandenburg und der polnischen 12. Panzerdivision in Stettin abgeschlossen.

Der Stabschef des schlesischen Wehrbezirks, General Sadowski, und der US-Panzergeneral Carter leiteten gemeinsam die ersten multinationalen Übungen im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» in Biedrusko bei Posen. Soldaten aus 13 Ländern, unter anderem eine Kompanie einer US-Panzerdivision und deutsche Jäger aus dem sächsischen Schuleberg, übten den Einsatz für Friedensmissionen. Rühle betonte, die «Partnerschaft» böte eine zusätzliche Ebene für die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Die Zeit könnte bis zu Polens NATO-Beitritt genutzt werden, um das Land auf die neuen Anforderungen vorzubereiten.

Bundeswehr für den Einsatz bei Friedensmissionen nur bedingt einsatzbereit

Nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes, dass das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr bei friedenserhaltenden und friedensstiftenden Massnahmen erlaubt, verstärkt sich die Mei-

nung, die Bundeswehr sei hierzu nur bedingt in der Lage. Es mangle an organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für schnelle Einsätze, wird behauptet. Eine zentrale Planungsreihe für ressortübergreifende Koordination internationaler Missionen gibt es noch nicht. Langwierige Abstimmungsverfahren sind notwendig. Kompetenzmangel und Absprachefehler machen sich bemerkbar. Das hat sich bei Vorbereitung und Durchführung der wenigen Missionen der Vergangenheit gezeigt. Es ist in Bonn zu hören, dass eine «Peace-keeping Unit» erforderlich sei, in der sich Teilnehmer aus unterschiedlichen Ressorts zusammenfänden. Auch scheint es noch an qualifiziertem Personal zu mangeln. Nach Meinung des Auswärtigen Amtes soll sich die neue Regierung intensiv mit diesem Thema befassen.

Soldatenmangel in der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat Mühe, die für die Erfüllung der Aufträge, vor allem nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, benötigten Soldaten zu bekommen. Hierfür gibt es drei Gründe:

1. Die zurzeit gemusterten Jahrgänge sind geburten-schwach,
2. 22 Prozent eines jeden Jahrganges werden ausgemustert,
3. jährlich stellen mehr als 100 000 Wehrpflichtige einen Antrag auf Wehrdienstverweigerung.

Die Streitkräfte kommen so gerade knapp auf die 185 000 jährlich benötigten Wehrpflichtigen. Bis zur Verringerung auf 340 000 Mann werden noch einige Jahre vergehen. Die Hardthöhe lebt von der Hand in den Mund. Sie ist genötigt, die Tauglichkeitskriterien herabzusetzen und muss immer wieder Soldaten für einen bestimmten Dienstposten berücksichtigen, deren besondere Eignung hierfür nicht gegeben ist. Es gibt viele Gründe für die abnehmende Akzeptanz der Wehrpflicht. Sie reicht von der Überwindung des Ost-West-Konfliktes über die Weigerung, «Weltpolizist» spielen zu wollen, Frie-

denseuphorie bis zur Drückbergermentalität. Die verlangte Gewissensentscheidung scheint nicht zu dominieren. Praktisch gibt es ein Wahlrecht zwischen Wehrdienst und Zivildienst. Dieses sieht das Grundgesetz nicht vor.

Liberaler bringen Milizsystem nach schweizerischem Vorbild ins Gespräch

Günther Nolting, Verteidigungsexperte der FDP, hat sich langfristig für eine nur sechsmonatige Dauer des Grundwehrdienstes in einem Milizsystem ausgesprochen. Die kleinen, präsenten Streitkräfte könnten überwiegend aus Berufs- und Zeitsoldaten bestehen. An der Wehrpflicht sollte aber generell festgehalten werden. Bei einem Milizsystem

müssten die jungen Männer als Reservisten im Ernstfall noch einmal für eine gewisse Dauer ausgebildet werden. Die jetzt geltenden langen Vorwarnzeiten für die Landesverteidigung reichten dafür aus. Die Probleme der Wehrgerechtigkeit und des Leerlaufs (Gammeln) erübrigten sich hierdurch. Nolting machte sich auch für den freiwilligen bewaffneten Dienst von Frauen stark, um gleiche Karrierechancen für sie zu eröffnen.

Das Verteidigungsministerium lehnte beide Vorschläge ab. Integraler Bestandteil der Planungsgrundlagen sei ein zehnmonatiger Grundwehrdienst. Auch ginge die Bundeswehr von dem Grundsatz, dass Frauen in der Bundeswehr ausschliesslich als Freiwillige in Sanitäts- und Militärmusikdienst eingestellt werden, nicht ab. Tp.

Italien

Sicherheitspolitische Aspekte

In Italien ist, eingeleitet durch Schritte der Mailänder Untersuchungsbehörden, das ausgeklügelte System der italienischen Parteien zusammengebrochen: Die sogenannte Partitocrazia, die jeder Partei – kommunistische Opposition eingeschlossen – Einfluss- und Machtsphären garantierte und die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgebaut worden war.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Ost-West-Konfrontation rutschte Italien in die Rolle einer regionalen Vormacht. Seit 1981 hatte man zwar intensiv über Sicherheitspolitik nach-

gedacht, doch wurde man trotzdem von neuen Fakten überrascht. Da sind einmal der Krieg im östlichen Nachbarland Italiens, die Möglichkeit von Flüchtlingsströmen aus jenen Gebieten; ausserdem ist die Lage in Nordafrika unklar. Italien ist auch am ungehinderten Schiffsverkehr in der Strasse von Sizilien interessiert. Im Mittelmeer, das zu seiner Interessenssphäre zählt, sind die frühere sowjetrussische Armada, aber auch grosse Teile der befreundeten 6. US-Flotte verschwunden. Zu all diesen Fakten kommen permanente finanzielle Restriktionen im Aufbau und Unterhalt der Streitkräfte hinzu. Einsätze von Streitkräften ausserhalb Italiens in Mozambique, Alba-



Italienische Truppen im Auslandseinsatz, mit Priorität muss heute die persönliche Ausrüstung der Soldaten modernisiert werden.

nien, Kurdistan, Libanon, Somalia usw. waren kostenintensiv.

In Italien ist die Befürchtung aufgetaucht, man werde von der NATO und der WEU in bezug auf die Sicherheitsbedürfnisse eher alleingelassen, währenddem sich zwischen Frankreich und Deutschland engere Bindungen anbahnten. Als «Gegengewicht» schlägt Italien deshalb die Bildung eines Südkorps vor, an dem sich auch Frankreich und Spanien beteiligen sollten, doch konnten sich die beiden erwähnten und erhofften Partner nicht allzu sehr für diese Idee erwärmen.

Ungewiss ist auch, ob die derzeitige Regierung angesichts vieler anderer Probleme sich dazu durchringen kann, die seit vielen Jahren vorliegende Streitkräftereform mit all ihren finanziellen Folgen zu verwirklichen. Bisher wurden für die Streitkräfte 1,58% des BIP aufgewendet.

Auf einem andern Gebiet ist Italien in die Offensive gegangen: Es hat 1990 ein Gesprächsforum aller Mittelmeeranrainerstaaten vorgeschlagen. Doch liegen bis heute – wohl angesichts der allzu divergierenden Interessen – keine konkreten Ergebnisse vor.

Mit Österreich, Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei wird hingegen regelmässig ein Gedankenaustausch gepflegt (Mittleuropäische Initiative).

Im Süden ist die militärische Zusammenarbeit mit Malta gut, und Italien ist weiterhin in Algerien (mit einem kleinen Bewachungskontingent) präsent.

Im Bereich der Streitkräfte ist die Zivildienstfrage weiterhin ungelöst. Angesichts der vorgesehenen Streitkräfte-

duktion wird nur etwa die Hälfte eines Rekrutenjahrganges für die Streitkräfte benötigt. Die andern Dienstpflichtigen könnten in der Fürsorge, im Umweltschutz und zur Erhaltung des gewaltigen kulturellen Erbes eingesetzt werden.

Der Anteil der Berufssoldaten soll im Heer bis zu einer Obergrenze von 60 000 Mann (von insgesamt 250 000 Mann) angehoben werden. Jährlich sollen 7500 Freiwillige für eine Vierjahresperiode verpflichtet werden; von ihnen sollen dann später zirka 1500 als Berufssoldaten übernommen werden. Den Ausscheidenden werden Plätze in staatlichen Diensten wie Polizei, Carabinieri, Feuerwehr, Forstdienst garantiert. Hinter diese Zahlen darf aber füglich ein grosses Fragezeichen gesetzt werden, da zurzeit nur zirka 13 000 Freiwillige auf Zeit dienen.

Nach der Reorganisation sollen die Streitkräfte insgesamt um zirka 100 000 Mann, das heisst um einen Drittel verkleinert dastehen: Das Heer wird neu 150 000, die Flugwaffe 60 000 und die Marine 40 000 Mann umfassen; hinzu kommen 41 000 Zivilbedienstete.

Zurzeit ist noch unklar, welche Verbände aufgelöst werden sollen und wie die Neustationierung aussehen wird. Man strebt allgemein eine kürzere Entscheidungsfindung, die Zusammenfassung der Spitzen der Teilstreitkräfte unter einem «Friedensgeneral» und die Anpassung an die Organisationsform der Verbündeten an. Die 19 neuen Brigaden mit überwiegend Freiwilligen sollen in etwa 10 Jahren operationell sein, 5 davon sollen sich aus Bereitschaftstruppen zusammensetzen. Für Ausrüstung werden 55 000 Mia. Lit vorgesehen (zirka 46 Mia. SFr.).

In bezug auf Bewaffnung und Ausrüstung sieht die Lage heute schlimm aus: Die nicht durchgeführte Erneuerung zwang zum Beispiel zum Leasing von 24 Kampfflugzeugen Tornado in Grossbritannien und zum Verzicht auf die Beschaffung von Patriot-Abwehrraketen.

Ähnlich sieht es bei der Rüstungsindustrie aus: Sie verkaufte im In- und Ausland weniger Produkte denn je. Zehntausende von Arbeitsplätzen gingen verloren.

Auf einem ganz anderen Gebiet hat sich aber doch etwas bewegt. Angesichts der Auslandsinsätze (auch in der Wüste) geht man daran, den Kampfanzug aus dem Jahre 1975 zu ersetzen. Das Modell 94 ist vierfarbig (ähnlich Woodland USA), aus durchlässiger Baumwolle und mit guter IR-Verträglichkeit.

Für Out-of-area-Einsätze gibt es keine neuen Anzüge, dafür neue, luftdurchlässigere, leichtere Lederschuhe.

Der neue Komposithelm wiegt 1250 g und ist mit einem Tarnüberzug versehen.

Noch nicht entschieden hat man das Modell der neuen Schussweste: Im Vordergrund stehen eine Beschaffung der verbesserten Modelle AF-90 (2,5 kg Gewicht) oder die schwerere Corazza 2 (6,2 kg).

Spezialausführungen verschiedener Ausrüstungsgegenstände gibt es für die Special Forces, das Bataillon Colonello Moschin und für das Marine-Infanteriebataillon San Marco.

Wie man sieht, steht bei den italienischen Streitkräften wenigstens eine Modernisierung der persönlichen Ausrüstung in Aussicht. Bt

Schweden

Ausbaupläne der schwedischen Artillerie

Die Artillerie des schwedischen Heeres ist heute auf Armee- und Divisionsstufe primär mit Feldhaubitzen 77, einem gezogenen 155-mm-Geschütz mit Hilfsmotor für Stellungenbezüge, ausgerüstet. Besonders innerhalb der mechanisierten Truppenverbände fehlt heute ein mobiles, gepanzertes Feuerunterstützungsmittel, wie z.B. eine Panzerhaubitze. Gegenwärtig werden nun – quasi als Notlösung – die Feldhaubitzen 77 der Version B kampfwertgesteigert, d.h. sie werden auf ein geländegängiges Fahrzeug aufgebaut. Gleichzeitig wird das Ladesystem verbessert sowie die Mitführung einer gewissen Munitionsreserve auf dem Fahrzeug gewährleistet. Die gesamte Geschützbesatzung kann innerhalb einer splittergeschützten Kabine mitgeführt werden. Anlässlich der ersten Truppentests soll diese Selbstfahrkano-ne auf der Strasse 65 km/h erreicht haben. Im nächsten Jahr sollen mit dem Prototypen die ersten Schiessversuche durchgeführt werden. Gegen Ende 1995 wird der konkrete Auftrag zum Umbau einer gewissen Anzahl der heutigen Feldhaubitzen 77 B erwartet.

Im Auftrage der schwedi-

schen Rüstungsbeschaffungsbehörde FMV ist zudem gegenwärtig die Firma Bofors mit der Entwicklung einer neuen Selbstfahrkano-ne (Bezeichnung: APS 2000) beschäftigt. Als Rahmenbedingungen sind gefordert:

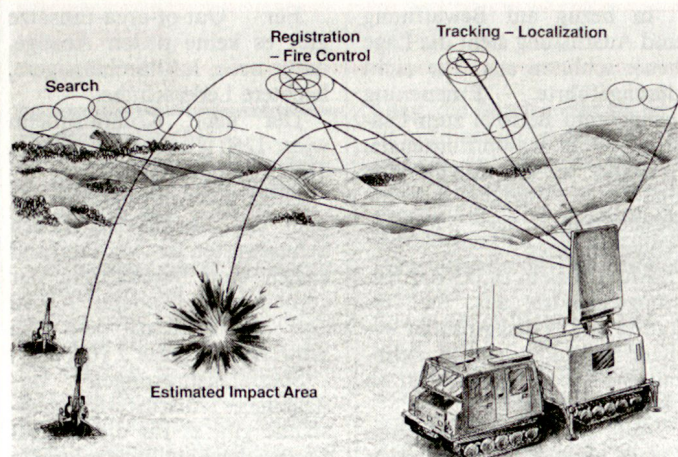
- verbesserte Feuerkraft, u.a. auch geeignet für Einsatz intelligenter Munition,
- grosse Reichweite (bis 50 km),
- hohe Mobilität, um gegnerischem Konterbatteriefeuer auszuweichen und
- vielfältige Einsatzflexibilität, sowohl für allgemeine Feuerunterstützung als auch für «counter-battery-fire und deep attack».

Gemäss bisherigen Informationen handelt es sich bei APS 2000 um ein 155-mm-Geschütz mit einem Rohr von 52 Kalibern, das ebenfalls auf einem Geländefahrzeug aufgebaut sein wird. Schwergewichtige Entwicklungen sind aber vor allem in bezug auf Feuerleitung und Munitionstypen vorgesehen:

- Neue modulare Ladungen, die insgesamt 33 verschiedene Ladungskonfigurationen erlauben und geschossentsprechende Anfangsgeschwindigkeiten von 450 bis 1000 m/sec, zulassen.
- Ausnützen der Flugbahnvermessung mittels Radar für rasch notwendige Korrekturen



Die fehlenden finanziellen Mittel verunmöglichen die Einführung neuer Waffensysteme (Bild: Kampfhelikopter A-129 Mangusta) bei den italienischen Streitkräften.



Mobile Artillerieradargeräte wie das schwedische ARTHUR-System (ARTillery HUNting Radar) sind eine Grundvoraussetzung für den Einsatz moderner Artillerie.

oder zum gezielten Abbremsen von Geschossen usw.

– Verbesserte Typen von Kartomunition mit speziellen Zünderarten sowie – wenn verfügbar – auch von intelligenter Munition (BONUS).

Aufgrund bisheriger Planungen dürfte die APS 2000 bis zirka 2010 operationell sein; erste Versuche mit Prototypen dürften etwa ums Jahr 2000 erfolgen. Gegenwärtig ist Schweden vor allem versucht, weitere Länder und Firmen in dieses ambitionierte Projekt einzubeziehen.

Ein wesentliches Mittel für die moderne Artillerie der Zukunft sind leistungsfähige, automatisierte Aufklärungs-, Führungs- und Feuerleitsysteme. Seit Beginn der 90er Jahre steht aus diesem Grunde bei der Firma Ericsson (schwedisch-norwegischer Konzern) das Artillerieradarsystem ARTHUR in Entwicklung. Erste Versuche mit diesem Radar haben bereits stattgefunden, wobei vielversprechende Re-

sultate erreicht worden sind. Die Serienfabrikation zugunsten der norwegischen und schwedischen Truppen soll vermutlich 1996 beginnen, und ein Jahr später ist mit den ersten Lieferungen an die entsprechenden Artillerieverbände zu rechnen.

Im Sektor intelligente Munition laufen die beiden Programme mit schwedischer Beteiligung unterdessen weiter:

– Das Projekt BONUS (Suchzündermunition 155 mm) in Zusammenarbeit zwischen Bofors und der französischen Firma Giat. Diese Fabrikation dürfte frühestens gegen Ende der 90er Jahre beginnen.

– Das intelligente 120-mm-Minenwerfergeschoss STRIX hingegen ist fertig entwickelt und bereits mit Erfolg sowohl in Schweden als auch in den USA getestet worden. Erste Auslieferungen an die schwedische Armee laufen, wobei auch andere Länder an einer solchen Beschaffung interessiert sind. hg

Europa

Die europäische Rüstungsagentur

Seitdem in Westeuropa ein bisher nie dagewesenes Klima des Vertrauens in Bezug auf die gemeinsame Sicherheit herrscht, stehen die Aktien für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik gut. In diesem Sinne wurde die Westeuropäische Rüstungsgruppe gegründet (Groupe armements de l'Europe occidentale). Es werden allerdings

noch Jahre vergehen, bevor sie voll operationell sein wird. Sie basiert auf Kooperation und Koordination der nationalen Rüstungsindustrien, auf die Organisation ihrer Programme, auf einen integrierten Rüstungsgütermarkt und einer gemeinsamen Rüstungsgüter-Exportpolitik.

In einer ersten Phase hat die europäische Rüstungsagentur folgende Aufgaben:

– technische Beratung der westeuropäischen Rüstungsgruppe,

– das Programm EUCLID sowie andere gemeinsame Programme verstärken, unterstützen und durchführen,

– gemeinsame Versuchsanstaltungen organisieren und verwalten,

– die Bildung gemeinsamer Ausrüstungspools anregen,

– ein Informationssystem zur Errichtung eines Brevet-Registers, das Neuerungen auf dem Gebiet der Verteidigung fördert.

Die Agentur studiert Investitions-, Produktions-, Förderungs- und Realisierungsprogramme auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Sie wird die europäische Verteidigungs-

industrie gegenüber dem nord-amerikanischen Konkurrenten stärken und die Produktion grösserer Serien unterstützen.

An der Agentur beteiligen sich die europäischen NATO-Staaten (mit Ausnahme von Island): Es sind die zehn Staaten (9 aus der EU plus Griechenland), zu denen Norwegen, Dänemark und die Türkei hinzukommen.

Wahrlich, eine zukunftsgerichtete Politik, wie sie bereits im Satelliten-Zentrum von Torrejon-Madrid realisiert wurde, das sich um die Überwachung und Beobachtung via Satelliten kümmert. Bt

USA

Zur Entwicklung des neuen strategischen Aufklärungsflugzeuges TR3 Aurora

Offensichtlich ist die USA seit einiger Zeit daran, einen Nachfolger für das legendäre Höhenaufklärungsflugzeug SR71 zu entwickeln. Obwohl auch das neueste Programm unter strikter Geheimhaltung vor sich geht, sind unterdessen im Zusammenhang mit den ersten Einsätzen dieser Maschine verschiedene Informationen verbreitet worden.

Die Abwicklung solcher geheimgehaltener Entwicklungen hat in den USA Tradition, z. B. wurde die Öffentlichkeit erst 1964 über die Existenz der damals bereits fertigentwickelten SR71 ins Bild gesetzt. Und bis 1982 hatte die US-Administration das Vorhandensein des U2-Nachfolgemodells, der verbesserten U2R, abgestritten. Ähnliches gilt auch für den Tarnkappenbomber F117.

1990 berichtete die «Los Angeles Times» über ein seltsames Gedröhne in den Tälern von San Gabriel und San Bernardino, dessen Lärmpegel selbst Mauern von Wohnhäusern vibrieren liess. Für den US «Geological-Service» von Caltech bestand kein Zweifel, dass diese Erschütterungen sich nicht auf ein Erdbeben, sondern mehr auf ein hyper-schnelles Flugzeug zurückführen lasse. 1991 berichtete die Zeitung «The Scotman» über ähnlichen Lärm in der Region von Machrihanish, im Westen von Schottland. Die amerika-

nische Luftwaffe betreibt dort eine geheime Luftwaffenbasis, die von US-Marines hermetisch von der Aussenwelt abgeriegelt wird. 1992 fingen Radioamateure Funksprüche zwischen der Luftwaffenbasis Edwards und einem Piloten ab. Der Codename war «Gaspape» und das Flugzeug musste sich auf einer Höhe von etwa 16 000 Metern befinden. Damit war erneut bewiesen, dass Aurora existiert und kein Phantasiegebilde ist.

Indirekt wurde bereits 1990 die Existenz eines SR71-Nachfolgers bestätigt. Der Einsatz der strategischen SR71-Aufklärungsflugzeuge sei zu aufwendig, wurde damals argumentiert, darum sollten Satelliten diesen Auftrag übernehmen. Doch Fachleute wollten schon damals diesem Argument keinen Glauben schenken. Für rund 200 Mio. Dollar pro Jahr war der SR71-Einsatz äusserst kostengünstig, und Satelliten konnten noch nicht die gleiche Bildpräzision sowie Disponibilität wie strategische Fotoaufklärer anbieten. Die Vermutung lag nahe, dass die USA schon damals an der Entwicklung eines neuen strategischen Aufklärers arbeiteten. Eine weitere Bestätigung erfolgte 1991 über Belgien, wo ein Flugzeug in der Form ähnlich eines schwarzen Mantafisches seine hohe Flugbahn zog. Diese Beobachtung wurde zusätzlich durch die Behauptung eines früheren RAF-Angehörigen erhärtet. Dieser sah über der Nordsee ein unbekanntes Flugzeug von ungewöhnlicher Form, das in der Luft betankt

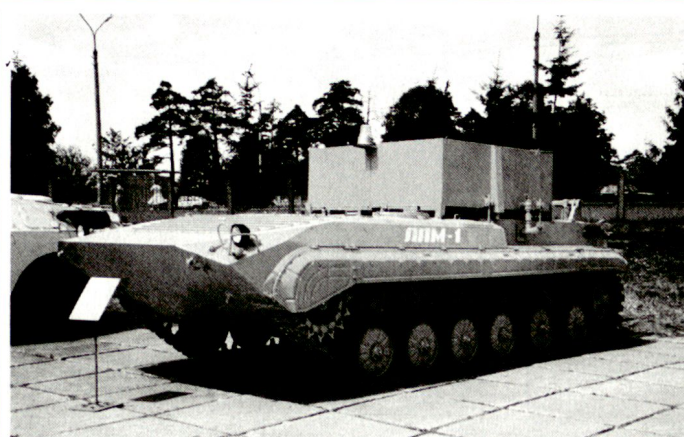
und von Jagdflugzeugen begleitet wurde. Die Beschreibung dazu deckte sich mit Aussagen von früheren Augenzeugen.

Ein deltaförmiger Rumpf, ungefähr 27 Meter lang sowie 15 Meter breit und ganz aus Titan gefertigt. Der Antrieb wird sehr wahrscheinlich durch zwei Systeme, nämlich durch klassische Triebwerke bis maximal Mach 3 und dann durch Staudruckrohre bis zu einer Geschwindigkeit von Mach 6 oder Mach 8 erfolgen. Eines ist sicher, bei einer Flughöhe von 30 000 bis 45 000 Metern sowie dermassen hohen Geschwindigkeiten wird jeder Punkt auf der Erde innert kürzester Zeit erreichbar. Möglich ist, dass Aurora bereits seit 1986 fliegt. Seine aussergewöhnliche Form, seine hohe Geschwindigkeit und Einsatzhöhe dürften eine Erfassung mit den heutigen Radarsystemen unmöglich machen. RCB

Logistische Basen der US Air Force in Europa

Die US Air Force wehrt sich gegen das Ansinnen des amerikanischen Rechnungshofes, die Anzahl ihrer logistischen Basen in Europa noch weiter zu reduzieren. Zurzeit sind dies Lajes

auf den Azoren (P), Mildenhall (GB), Ramstein und Rhein-Main (D), Torrejon und Rota (E). Sie ist der Meinung, dass im Falle einer gravierenden Krise im Mittleren Osten die obgenannten Stützpunkte gerade noch genügen. Man untersucht gegenwärtig auch das Problem, welche Auswirkungen die Schliessung einer bestimmten Basis hätte. Würden die Rhein-Main-Basis und diejenige von Torrejon reduziert, bedeutete dies namhafte Beschneidungen der logistischen Kapazitäten. Dies würde automatisch zu noch vermehrten Auftankungen in der Luft (KC-10, KC-135) bei Direktflügen führen, was teuer und riskant ist. Basen im Ausland sind nämlich unverzichtbare technische Einrichtungen für einen raschen massiven Aufmarsch (Luftbrücken). Sie ermöglichen zudem den Austausch von Besatzungen, Unterhalt und Reparaturen sowie Materiallieferungen usw. Konfliktstoff ergibt sich auch aus dem Auftrag des «European Command», das für die Verfügbarkeit der Kampfflugzeuge in Europa verantwortlich ist. Eine Rückführung dieser Mittel in die USA würde für das «US Transportation Command» in logistischer Hinsicht grosse Probleme nach sich ziehen. Bt



Konversionsprodukt der weissrussischen Rüstungsindustrie. (Archivbild)

Tschernobyl provisorisch dekontaminiert worden sind.

Grundzüge der neuen Verteidigungspolitik

Die ersten Gesetzesentwürfe der neuen Verteidigungspolitik verpflichten Weissrussland zur Neutralität und einem strikten nuklearwaffenfreien Status. Darüber hinaus wird der ausschliessliche Verteidigungscharakter der Militärdoktrin betont. Der geplante Aufbau der weissrussischen Streitkräfte ist mit einer Reihe von Problemen verbunden.

– Abbau der teilweise massiven Überbestände bei Soldaten und Waffensystemen, der u.a. auch mit vielen Entlassungen bei den Offizieren verbunden ist.

– Eine überdimensionierte Rüstungsindustrie, die heute zu einem grossen Teil stillsteht. Da einerseits keine Mittel für Eigenbeschaffungen vorhanden sind und andererseits die bisherigen Konversionsbestrebungen nur mässigen Erfolg hatten, ist mit weiteren Betriebsschliessungen und damit verbundener Arbeitslosigkeit zu rechnen.

– Fehlende Kapazitäten zur Beseitigung/Verschrottung von VKSE-relevanten Waffensystemen (insbesondere von Panzern und Schützenpanzern). Weissrussland ist in diesem Bereich auf ausländische technologische Hilfe angewiesen.

Weissrussland war in früheren Zeiten ein wichtiger Zulieferant von Wehrtechnik an den militärisch-industriellen Komplex der ehemaligen Sowjetunion (schwere Geländelastwagen, Elektronikkomponenten usw.). Heute ist die Rüstungsindustrie mehrheitlich von Russland abgekoppelt und steht vor dem wirtschaftlichen Desaster. Zudem geht die be-

reits 1991 eingeleitete Konversion von wesentlichen Teilen dieses für Weissrussland lebenswichtigen Industriezweiges nur schleppend vorwärts.

Die regulären Streitkräfte Weissrusslands sollen nach einer Übergangszeit von zwei Jahren bis Ende 1995 in den Grundzügen aufgestellt werden. Sie bestehen neu nur noch aus Heer, Luftwaffe, Luftverteidigungskräften sowie Reservetruppen. Die Gesamtstärke soll noch rund 100 000 Mann umfassen, gegenwärtig dürften es noch mehr als 140 000 Mann sein. Darunter befinden sich immer noch rund 20 000 Offiziere.

Das KSE-Abkommen erlaubt Weissrussland 1800 Kampfpanser, 2000 Schützenpanzer und 130 Kampfflugzeuge. Aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme sieht sich die weissrussische Militärführung allerdings gezwungen, diese Bestände im Verlaufe der nächsten Monate noch weiter zu reduzieren.

Die neuen sicherheitspolitischen Ziele können wie folgt zusammengefasst werden:

– Weissrussland will unter der neuen Regierung von Lukaschenko innerhalb der GUS seine eigene Sicherheitspolitik definieren. Ein möglicher Beitritt zur NATO oder anderen westeuropäischen Sicherheitsorganen steht heute nicht zur Diskussion.

– Im Vordergrund stehen dabei eine vertiefte Integration in der GUS-Sicherheitsstruktur, gute Beziehungen zu Russland sowie eine Ausrichtung der sicherheitspolitischen Mittel auf die aktuellen Risiken und Gefahren des Landes. hg

Weissrussland

Leitlinien der weissrussischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Nachfolgender Beitrag basiert auf einem Interview mit General-Major A. Jegorov, dem Direktor des weissrussischen Instituts für Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Minsk (D&SI = Development & Security Research Institute). Dieses nichtstaatliche Institut wurde 1993 gegründet, steht aber gegenwärtig immer noch im Aufbau stadium und versucht – unter anderem auch mit neuen Kontakten nach Westeuropa – für Weissrussland neue sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklungslinien zu definieren.

Die Unabhängigkeit und Souveränität ist für Weissrussland eine völlig neue Erfahrung. Die vorliegenden Gesetzesentwürfe zur Verteidigungspolitik verpflichten Weissruss-

land zur Neutralität und zu einem nuklearfreien Status. Im Vordergrund steht dabei die bewaffnete Neutralität zum Schutz der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes. Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte sollen auf alle künftig möglichen Risiken und Gefahren ausgerichtet werden. Zunehmend im Vordergrund stehen dabei auch umweltbezogene Probleme, deren Auswirkungen auf die Bevölkerung für den noch jungen Staat gegenwärtig noch nicht absehbar sind. Obwohl Weissrussland selber über keine Nuklearkraftwerke verfügt, befindet sich das Land in unmittelbarer Umgebung einiger solcher Risikowerke (Ukraine, Russland, Litauen). Zudem sind die Langzeitfolgen von Tschernobyl noch nicht durchwegs abgeklärt; heute leben immer noch rund 2 Millionen Weissrussen in Gebieten, die seinerzeit nach dem Unfall von